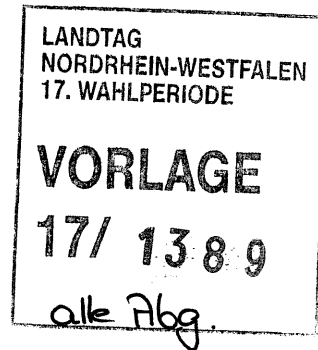


## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuss



### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300  
Drucksache 17/4100

#### **Einzelplan 02 - Geschäftsbereich der Ministerpräsidenten**

(Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Internationales)

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
**Ausschusses für Europa und Internationales**

#### **Beschlussempfehlung**

Der Einzelplan 02 wird unverändert angenommen.

## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019), Drucksache 16/3300, wurde vom Plenum nach der 1. Lesung am 19. September 2018 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt, überwiesen.

### **B Beratungen**

Der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschuss für Europa und Eine Welt fallende Einzelplan 02 wurde in der Sitzung des Ausschusses am 9. November 2018 abschließend beraten. Die Vorlagen 17/1082 und 17/1186 und 17/1234 flossen in die Beratungen mit ein.

### **C Anträge der Fraktionen**

Die aus den Anlagen ersichtlichen zwei Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02 wurden in der Sitzung am 9. November 2018 zur Beratung aufgerufen und zur Abstimmung gestellt. Zu den Begründungen der antragstellenden Fraktion sowie den Abstimmungsergebnissen wird auf die Anlagen verwiesen.

### **D Gesamtabstimmung**

Der Einzelplan 02 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert angenommen.

Dietmar Brockes  
- Vorsitzender -

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
1	SPD	<p><b>Kapitel 02 010</b> <b>Titel 685 30</b> <b>und Frieden</b></p> <p><b>2019</b> von 151.200 Euro um 70.000 Euro auf 221.200 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Förderung von Völkerverständigung und internationaler Zusammenarbeit muss stärker als bisher Raum in der internationalen Arbeit der Landesregierung erhalten. Deswegen soll der Zuschuss für die Stiftung Frieden und Entwicklung erhöht werden.</p>	<p><b>Ministerium</b> <b>Zuschuss an die Stiftung Entwicklung</b></p> <p><b>Ansatz lt. HH 2018</b> 151.200 Euro</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU           nein SPD           ja FDP           nein GRÜNE       ja AFD           nein</p>	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 17/xxx

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
2	GRÜNE	<p><b>Kapitel 02 030 Europa</b> <b>Titel 685 31 (NEU) Zuschüsse an die Europaschulen in NRW</b></p> <p>Neuer Titel</p> <p><b>2019 Ansatz lt. HH 2018</b> von - Euro um 1.000.000 Euro auf 1.000.000 Euro - Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Die Mittel dienen der strukturellen Absicherung der Finanzierung der Europaschulen in NRW. Ziel ist die Stärkung ihrer Arbeit und die Einrichtung weiterer Europaschulen im Land. Aktuell gibt es in NRW 211 Europaschulen. Um den Zusatz „Europaschule“ führen zu dürfen, muss sich jede Schule einem staatlich regulierten Zertifizierungsverfahren und nach fünf Jahren einer Re-Zertifizierung unterziehen. Die Europaschulen führen Projekte und Schüleraustausche mit Partnerschulen in Europa durch, nehmen an diversen europäischen Wettbewerben teil und behandeln im Unterricht intensiv Themen der europäischen Verständigung und Zusammenarbeit. Die Arbeit der Europaschulen ist damit unerlässlich für ein Land, das sich zu einem gemeinsamen Europa bekennt.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AFD nein</p>